

Schwarzwälder Tageszeitung

Gegründet
1877

„Aus den Tannen“

Fernsprecher
Nr. 11

Amtsblatt für den Bezirk Nagold und für Altensteig-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt.

Bezugspreis: Wöchentlich 40 Goldpfennige. Die Einzelnummer kostet 10 Goldpfennige. Bei Nicht-Empfangen der Zeitung infolge böserer Gewalt oder Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Lieferung. Anzeigenpreis: Die einseitige Zeile oder deren Raum 12 Goldpfennige, die Rückseite 8 Goldpfennige. Bei längerer Anzeigenfrist und bei Abnahme von mehreren Zeilen wird ein besonderer Preis vereinbart. — Für telephonisch erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr.

Nr. 218.

Altensteig, Dienstag den 16. September.

Jahrgang 1924

Politische Streiflichter.

Die Verwirrung in unserer inneren Politik ist wieder einmal groß. Während Reichskanzler Marx in Freudenstadt Besprechungen mit dem Reichspräsidenten pflog, ergriff der Minister des Äußeren Dr. Stresemann in Berlin die Flucht in die Öffentlichkeit. Er legte Wert auf die Feststellung, daß es über die Frage der Kriegsschuld und des Eintritts in den Völkerbund keine Meinungsverschiedenheit zwischen dem Kanzler und ihm gebe. Diese Feststellung kann im Augenblick nur eine formelle Bedeutung haben, denn das Echo, das die Äußerungen Dr. Stresemanns in der Presse gefunden hat, zeigt deutlich, daß überall von neuem der Gegensatz zwischen Marx und Stresemann behauptet wird. Besonders auffallend ist die Stellung der „Germania“, die aus der nächsten Umgebung des Kanzlers gespeist wird. Das Zentrumsblatt lehnt glatt eine nachträgliche Notifizierung der Kriegsschuldklärung des Kanzlers ab und fordert den sofortigen Eintritt in den Völkerbund. Es stellt sich damit in die Front der demokratischen und sozialdemokratischen Blätter, die behaupten, daß der Reichskanzler die Meinung seines Ministers des Äußeren über die Schuldfrage und den Völkerbund nicht teile, und wie das „Berliner Tageblatt“ ihrem Befremden darüber Ausdruck geben, daß der Minister des Äußeren Dr. Stresemann es überhaupt mag, seine persönliche Meinung über außenpolitische Dinge bekanntzugeben. Die rechtsstehende Presse stimmt dem Standpunkt Dr. Stresemanns zu, hält aber die Behauptung aufrecht, daß die Kanzlerklärung in der Kriegsschuldfrage dem Drängen der Deutschnationalen ihre Entstehung verdanke. Von der rechten Seite werden gegen den Reichskanzler heftige Angriffe gerichtet. Geradezu grotesk ist die Haltung des „Vorwärts“. Unter der Überschrift: „Vor dem großen Ministersturz“ behauptet er, Dr. Stresemann habe durch sein Auftreten die Regierungskrise eröffnet, bei der entweder Marx oder Stresemann fallen müßte. Der „Vorwärts“ schreibt: „Wird nicht notifiziert, so werden Stresemann und die anderen Volksparteiler aus dem Kabinett ausscheiden; wird notifiziert, so fällt — so oder so — der Reichskanzler Marx.“ Der „Vorwärts“ sieht als Folge der Regierungskrise seinen Wunsch nach Reichstagsauflösung bereits erfüllt und gibt die Parole aus. Die Wahlparole heiße nicht: Notifizieren oder nicht notifizieren?, sondern Bürgerblock oder Sozialdemokratie? Durch die Ausgabe dieser Parole befähigt der „Vorwärts“, daß er die Bernhard, Wirth und Genossen, die ihm in den letzten Wochen die größten Dienste geleistet haben, bereits in den Begriff Sozialdemokratie eingeschlossen hat — schreibt die „Köln. Ztg.“

Man soll die ursprünglich am Montag in Aussicht genommene Kabinettsauflösung, in der über die Abwendung der Kriegsschuldfrage und über die deutsche Politik gegenüber dem Völkerbund entschieden werden sollte, sogar auf die nächste Woche verschoben werden. Am Montag, den 22. September wird das Kabinett unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten zu der entscheidenden Sitzung zusammengetreten. Dieser Ausschub ist offenbar das Ergebnis der Besprechung, die der Reichskanzler in Freudenstadt mit dem Reichspräsidenten hatte. Man will offenbar noch etwas Zeit gewinnen, um dann nach außen und nach innen die Lage klarer beurteilen zu können.

Es wird gemeldet, daß Reichskanzler Dr. Marx am Montag vormittag nach Berlin zurückkehrte. Nach seiner Rückkehr wird das Reichskabinett zusammentreten, um sich in erster Linie mit der Ernennung der Verwaltungsratsmitglieder für die Deutsche Reichsbahngesellschaft zu befassen. Das Kabinett wird sich weiter mit den schwebenden außenpolitischen Fragen befassen. Selbst in Paris sieht man der Berliner Kabinettsitzung mit ungeheurer Spannung entgegen. Von ihrem Ausgang hängt nach Ansicht des „Figaro“ das Schicksal des Versailler Vertrages ab. Wenn die Reichsregierung die Anzeige der Erklärung zur Kriegsschuldfrage vornehme, so zerreißt sie damit den Vertrag. Es sei bedauerlich, daß England einen solchen Schritt begünstige, indem es das Dawesgutachten und die Londoner Beschlüsse außerhalb des Vertrages gestellt habe. So ohne der Fall eintreten, daß die Ausführung des Sachverständigenberichts fortgesetzt werde, während gleichzeitig der Versailler Vertrag abgelehnt oder seine Anwendung gefordert werde. Die gesamte deutsche Politik verfolge nur das doppelte Ziel: die Abtrennung des Sachverständigenberichts vom Vertrag, die Ausführung des Deutschland vorteilhaften Sachverständigenberichts, sowie die Revidierung oder Ungültigkeitserklärung des Versailler Vertrags. Frankreich sei überzeugt, daß dieses Pro-

gramm die Zustimmung sämtlicher Deutschen finde. Die deutsche Politik zielt darauf ab, das Dawesgutachten an die Stelle des Vertrags von Versailles zu setzen. Der Staatsmann, der dies fertigbrächte, werde eine Meisterleistung vollbringen.

Endlich aber bildet die Frage der Umbildung der Reichsregierung nach wie vor den Gegenstand der Erörterung, zusammen mit der Kriegsschuldfrage. Die „Deutsche Wg. Ztg.“ schreibt dazu: „Die Taktik der Parteien und Gruppen, die mit allen Mitteln die Umbildung der Reichsregierung verhindern wollen, hat es zustande gebracht, daß dem Auslande die Deutschnationalen und vielleicht noch die Deutsche Volkspartei als die einzigen Vertreter des Kampfes gegen die Kriegsschuldfrage erscheinen müssen. Tollfährlich war es ein sozialistischer Reichskanzler, der die schärfsten Worte des Protestes gegen die Beschuldigung Deutschlands mit der Schuld am Kriege gefunden hat. Alle anderen Parteien stimmen grundsätzlich in der Ablehnung des Versailler Diktates und der Behauptungen der Kancelnote überein. In parteipolitischer Verbóhrtheit sondergleichen ist dieses Bild durch die Presseerörterungen der letzten Tage verschoben und der deutschen Außenpolitik ein kaum wiedergutzumachender Schaden zugefügt worden. Allerdings war auch das Verhalten der Reichsregierung nichts weniger als glücklich. Wenn, wie wir jetzt wissen, schon vor London beschlossen war, die Kriegsschuldfrage amtlich aufzurollen, dann durfte diese Aktion nicht immer wieder vertagt und der feindlichen Propaganda Gelegenheit gegeben werden, das schwerste Geschick anzufahren und sich dabei natürlich aller Helfer zu bedienen, die bewußt oder unbewußt innerhalb Deutschlands zur Verfügung standen. Entschlußlosigkeit und schwankende Haltung der offiziellen Politik haben die Lage verschlechtert. Andererseits sieht die Regierung auch nach den Erklärungen des Außenministers nunmehr in der Angelegenheit eine Prestigefrage. Ungeschickter hätte kaum operiert werden können. Es ist zu wünschen, daß das Reichskabinett nun rasche Entschlüsse faßt. Wenn ein Teil der Presse von der Eröffnung der Regierungskrise durch die Mitteilungen Dr. Stresemanns spricht, so ist dazu zu sagen, daß die Regierungskrise latent seit dem 4. Mai besteht. Die verantwortungsbewußten Elemente in allen Parteien dürfen sich durch dieses Wutgeschrei nicht abhalten lassen, die notwendigen Konsequenzen aus der innerpolitischen Lage zu ziehen.“

Reichsfinanzminister Dr. Luther hat sich über den Preisabbau auszusprechen lassen und im wesentlichen betont, daß es sich nur um erste Schritte auf der Bahn des Wiederaufbaues handle. Er sagte weiter: „Aus der Bekanntmachung der Reichsregierung klingt deutlich heraus, wieviel davon abhängt, daß der Geist, in dem diese Schritte der Reichsregierung getan sind, nun recht schnell Allgemeingut wird. Die ganze Wirtschaft muß in gleichem Sinn handeln. Im ganzen öffentlichen Leben muß der Grundsatz größter Sparsamkeit gelten. Wir müssen den Zahlentaukel der Inflation nun endgültig hinter uns lassen. Es muß in der ganzen Wirtschaft wieder heißen: „Großer Umfah, kleiner Nutzen.“ Sollten etwa auch jetzt noch Zwischenglieder des Wirtschaftslebens die Preise festhalten, statt die Vorteile der Preislenkung dem Verbraucher zuzuführen, so würde das sehr bedenkliche Folgen zeitigen. Auch die Reichsregierung selbst wird, sobald nur irgendmöglich, alle noch sonst erforderlichen Schritte tun. Besonders im Steuerwesen wird der Reichsfinanzminister dem Reichstag Gesetze vorlegen, die eine neue Durchbildung des Steuerwesens in Reich, Ländern und Gemeinden bezwecken und versuchen, die schwere Steuerbelastung, die unser Volk trotz seiner Armut tragen muß, so gerecht und so wenig wirtschaftsschwendend wie möglich zu verteilen und dadurch so leicht wie möglich zu machen. Die heute angekündigten Schritte der Reichsregierung aber müßten sofort unternommen werden, wurden auch von der Wirtschaft lebhaft ersehnt.“

Die Rückkehr der Ausgewiesenen.

Koblenz, 15. Sept. Die deutsche Abordnung zur Durchführung der Londoner Vereinbarungen im besetzten Gebiet arbeitet unter dem Vorsitz des Landeshauptmanns Dr. Horion in zwei Abteilungen: Unter dem Vorsitz des Ministerialdirektors Diltz in Koblenz und unter dem Vorsitz des Geheimrats Dr. Clausen in Düsseldorf.

Koblenz, 15. Sept. Zur Ausführung der Londoner Vereinbarungen haben am 12. September in Düsseldorf Be-

sprechungen zwischen Vertretern der preussischen Regierung und Vertretern des Generals Degoutte über die Rückführung der aus dem Ruhrgebiet und dem Brückenkopf Düsseldorf ausgewiesenen preussischen Beamten in ihre Ämter stattgefunden. Das Ergebnis dieser Besprechungen ist, daß abgesehen von den sechs bereits durch die Presse bekanntgegebenen Beamten, deren Ausweisung vorläufig noch nicht aufgehoben ist, alle Ausgewiesenen wieder zum Amte zugelassen sind mit Ausnahme der folgenden: Bürgermeister Schmid in Düsseldorf, Regierungsrat Dexte in Düsseldorf, Polizeipräsident Melcher in Essen, Stadtkaufmann Diefenbach in Bochum, Kriminalkommissar Ratz in Herne, Kriminalwachmeister Sevensch in Düsseldorf. Außerdem bleiben von dieser Regelung einstweilen die Beamten der Schutzpolizei ausgeschlossen. Es wurde seitens des Vertreters des Generals Degoutte in Aussicht gestellt, daß die von den preussischen Vertretern geäußerten Wünsche auf weitere Einschränkung der Zahl derjenigen, die noch nicht in die Heimat und in ihr Amt zurückkehren können, in naher Zukunft erneuter Prüfung unterzogen werden würden. Die Erlaubnis zur persönlichen Rückkehr ins besetzte Gebiet erstreckt sich auf sämtliche private Ausgewiesene und auf alle Beamte einschließlich der Angehörigen der Schutzpolizei. Ueber die Rückführung der aus der belgischen Zone des neu besetzten Gebiets ausgewiesenen Beamten in ihre Ämter steht eine entsprechende Regelung zu erwarten.

Abchluß der Völkerbundsaußsprache.

Genf, 15. Sept. Die allgemeine Aussprache über die Resolution Herriot-Macdonald wurde im dritten Ausschusse der Versammlung (Rüstungsfrage) abgeschlossen. Der Präsident des Ausschusses Daco-Rumänien fasste das Ergebnis der Aussprache folgendermaßen zusammen:

Alle Redner hätten fast einstimmig den engen Zusammenhang zwischen den drei Fragen Schiedsgericht, Sicherheit und Abrüstung anerkannt. Zur ersten Frage sei vor allem der Wunsch nach Zusammenarbeit mit dem ersten Ausschusse, der diese Frage in erster Linie zu beraten hat, geäußert worden. Zur zweiten Frage (Sicherheit) sei Übereinstimmung über die Notwendigkeit wirtschaftlicher Sanktionen erreicht worden, während über die militärischen Sanktionen noch Meinungsverschiedenheiten beständen. Die Aufgabe des Unterausschusses, der jetzt in Einzelberatungen eintreten wird, sei es, in dieser Frage zu einer Einigung zu kommen. Volle Einmütigkeit habe dagegen darüber geherrscht, daß der Völkerbundspakt die Grundlage für die Lösung der Sicherheitsfrage sein müsse. Ueber die dritte Frage (Abrüstung) seien verhältnismäßig wenig Vorschläge gemacht worden, weil man sich klar gewesen sei, daß die Abrüstung nur die Folge der Lösung der Schiedsgerichts- und der Sicherheitsfrage sein könne. Alle diese Gedankengänge müßten jetzt im Unterausschusse konkrete Formen annehmen.

Auf Vorschlag des holländischen Delegierten London wurde darauf ein Unterausschuss mit folgender Zusammenstellung gewählt: Lord Parmoor-England, Paul-Boncour-Frankreich, Schanzer-Italien, Branting-Schweden, Benesch-Tschechoslowakei, Villegas-Chile, Raloff-Bulgarien, Coulet-Belgien, Titulescu-Rumänien, Matsuda-Japan, Lange-Norwegen und Strzynski-Polen.

Genf, 15. Sept. Der Völkerbundsrat hielt eine öffentliche Sitzung ab, worin über die Frage der Ausweisung von 4 Danziger Staatsangehörigen aus Polen beraten wurde. Gegen die Ausweisung war seitens der Freien Stadt Danzig beim Völkerbundskommissar in Danzig Einspruch erhoben worden, weil sie ohne Angabe von Gründen erfolgt sei. Der Völkerbundskommissar hatte jedoch die Ausweisung als rechtmäßig erklärt, die polnische Regierung aber aufgefordert, Danzig Mitteilung über die Gründe zu machen. Danzig ersuchte den Völkerbundsrat, zu bestimmen, daß die polnische Regierung den Ausgewiesenen die Rückkehr gestatten müsse. Der Einspruch wurde den Juristen überwiesen.

Fortschritte der Völkerbundsversammlung.

Genf, 16. Sept. Dr. Benesch hielt gestern als Präsident des Unterausschusses des dritten Ausschusses der Völkerbundsversammlung, der auf Grund der Resolution Herriot-Macdonald den endgültigen Text vorbereiten soll, mit den englischen und französischen Völkerbundsdelegierten eine gemeinsame Beratung ab, wobei eine grundsätzliche Einigung zwischen den Franzosen und den Engländern erzielt wurde. Die Einigungsformel wird dem Unterausschusse als Verhandlungsbasis heute unterbreitet werden.

Öffentliche Bekanntmachungen.

Oberamt Nagold.

Am Donnerstag, den 25. ds. Mts., vorm. 9 Uhr findet auf dem hiesigen Rathaus die ordentliche **Amtsversammlung**

statt.

Nach der bestehenden Reihenfolge sind stimmberechtigt die Gemeinden Nagold mit 7 Stimmen, Altensteig-Stadt mit 6 Stimmen, Hatterbach und Wildberg mit je 2 Stimmen, Ebhausen, Egenhausen, Enzthal, Garrweiler, Gaugenwald, Gütlingen, Mindersbach, Rohrdorf, Rotsfelden, Schönbrunn, Stammersfeld, Sulz und Untertalheim mit je 1 Stimme.

Die nach der Reihenfolge diesmal nicht stimmberechtigten Abgeordneten sind befugt, an den Verhandlungen mit beratender Stimme teilzunehmen, ebenso die ordentlichen Mitglieder des Bezirksrats, die nicht aus der Mitte der Amtsversammlung gewählt sind.

Die Tagesordnung wird den zur Teilnahme an der Amtsversammlung Berechtigten zugehen.

Den 15. September 1924.

Oberamtmann: Münz.

Die Anträge für die Verleihung der **Stiftungsmedaille der König Karl Jubiläumstiftung** an tüchtige Arbeiter und Arbeiterinnen und Bedienstete (ausgenommen weibliche Diensthilfen) sind durch Vermittlung der (Stadt-)Schultheißenämter dem Oberamt bis spätestens 1. Oktober 1924 vorzulegen.

Die (Stadt-)Schultheißenämter wollen den Interessenten Aufschluß über die Voraussetzungen für die Verleihung geben. Vgl. Amtsblatt des Ministeriums des Innern von 1921 S. 151 und 156 Ziffer 6.

Nagold, den 15. Sept. 1924. Oberamt: Münz.

Aichelberg.

Vergebung von Bauarbeiten.

Zur Erbauung eines Einfamilienhauses für den Streckenwärter der Schwarzwaldbwasser-Verorgung sind die

Grab-, Betonier-, Maurer- und Steinhauer-, Zimmer-, Flächner-, Schmiede-, Dachdecker-, Gipser-, Schreiner-, Glaser-, Schlosser-, Anstrich-, Verschönerungs- und Treppenarbeiten

im Submissionsweg zu vergeben.

Pläne, Arbeitsbeschrieb, Maßberechnung und Affordbedingungen sind auf dem Schultheißen-Amt in Aichelberg zur Einsicht aufgelegt, und wollen Angebote bis **Mittwoch, den 24. d. Mts., vormittags 10 Uhr** dortselbst eingereicht werden.

Calw, den 13. September 1924.

Im Auftr. d. Gemeindeverb. d. Schwarzwald-Wasser-Verorgung: Rohler, Architekt.



Sil

Henkel's Bleich- u. Waschmittel

gibt schneeweiße Wäsche
spart Seife und ersetzt die Rasenbleiche
Völlig unschädlich. — OHNE CHLOR

Aluminiumwaren aller Art

sind in reichster Auswahl bei billigsten Preisen zu haben bei

Lorenz Luz jr., Altensteig, Tel. 46.

Die billigsten Briefumschläge

mit Firmen- und Druck

bezieht man von der

W. Rieter'schen Buchdruckerei.

Altensteig.

Für den Herbstbedarf empfehle aus frischer Ladung vom Salzwerk Heilbronn:

Kochsalz

allerbestes Siedesalz mittelgroß M. 5.-

extra grob f. Fleisch-Conservierung M. 5.-

mittelkörn. Sättensalz M. 4.50

sojen. Stein-Speisesalz M. 3.50

Biehsalz

grobkörn. rot vergällt Steinsalz M. 3.-

mittelf. unvergällt Steinsalz M. 2.50

je per Zentner einschließlich gutem Futtsack; ferner

Zur Fütterung



Knorr's Hundekuchen.

la Brodpreis

„ Hühner-Hirse

„ geschroteten Leinsamen

„ ganzen Leinsamen

„ Futterkalk „Porox“

„ Glaubersalz

Fritz Bühler jr.

gemischtes Warengeschäft.

Suche

300 Mark

aufzunehmen gegen gute Sicherheit. Wer? — sagt die Geschäftsst. d. Bl.

Langhans Blumenstraß.

Zusammenkunft Mittwoch abend 8 Uhr im „Grünen Baum“.

Margarine „Schwan“

in blauem Band

1/2 Pfd. 50 S. 1 Pfd. M. 1.-

Atlas-Ruchepulver

1 Paket 50 S

empfehlen

Fritz Haig Altensteig

Hornberg.

Einen 12—13 Str. schweren jungen

Zug-Ochsen



verkauft

Georg Kirn jr.

Fahrradgummi

Viele Aufträge und Nachbestellungen sind der beste Beweis meiner Leistungsfähigkeit und anerkannt guten Ware!

Machen Sie einen Versuch!

Fahrrad-Schläuche 95 S

extra pr. Qual. 1.15, 1.35

rot, extra pr. Qual. 1.65

Fahrradmäntel 2.75, 2.95

prima Qual. 3.50, 3.95

extra pr. Qual. 4.25, 4.50

Gebirgsmantel prim. 4.25

extra pr. Qual. 4.75 u. 5.30

Fahrräder Nähmaschinen

— Katalog gratis. —

EMIL LEVI Hildesheim 369

Verfand nur gegen Nachn.!

„Niffin“ Kopfläuse

gegen

Nichts anderes nehmen!

Apotheke Altensteig.

Umsatz-Erhöhung



Gewinn-Erhöhung

Einen höheren Umsatz und erhöhten Gewinn erzielen Sie durch Inserate in der weit verbreiteten Schwarzwälder Tageszeitung „Aus den Tannen“.

Inserieren Sie deshalb!

Die Gemeinde Garrweiler

bringt am Donnerstag, den 18. ds. Mts., nachmittags 5 Uhr auf hiesigem Rathaus

ca. 100 Festmeter

Langholz

3.—5. Klasse

zum Verkauf, wozu Liebhaber eingeladen werden.

Gemeinderat.



Landw. Bezugs- und Absatzgenossenschaft m. b. H. Altensteig, Nagold und Umgebung.

frisch eingetroffen:

Ia La Plata-Hafer (alt)

„ „ „ Mais

„ „ „ Maismehl.

Telefon Nr. 85. Die Geschäftsstelle.

Güttelfingen.

Ich verkaufe am Mittwoch, den 17. September, mittags 1 Uhr wegen Wegzug mein

Wohnhaus

samt 57 Ar Feld,

sowie zirka 30 Zentner

Heu und Stroh.

Bei günstigem Angebot wird sofort zugesagt.

Otto Deutschmann.

Wilh. Wackenhuth, Calw

Maschinenwerkstätte

empfehlen

Dreschmaschinen

mit und ohne Putzerei

Getreidereinigungsmaschinen

in verschiedenen Ausführungen

Schrot- und Backmehlmühlen

Altensteig. Campenschirme

in prächtiger Auswahl

empfehlen die

W. Rietersche Buchhdlg.

Güttelfingen.

Dankagung.



Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme, die wir während der Krankheit und beim Hinscheiden unserer lieben Mutter, Groß- und Schwiegermutter

Magdalene Kentschler

geb. Schnierle

erfahren durften, für die treue Pflege während der Krankheit durch die Krankenschwester, die trostreichen Worte des Herrn Pfarrers am Grabe und den erhebenden Gesang des Gesangsvereins, sowie für die zahlreiche Begleitung zur letzten Ruhestätte sagt herzlichsten Dank

im Namen der trauernden Hinterbliebenen der Sohn: Johannes Kentschler.